

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD***Mittelstandsförderung – Bestandsaufnahme und Programmentwicklung***

Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) tragen wesentlich zu Wachstum, Beschäftigung, Ausbildung und Strukturwandel bei. Ein wichtiger Schritt zur weiteren Stärkung der bremischen Wirtschaft ist daher die Förderung der in Bremen und Bremerhaven ansässigen mittelständischen Wirtschaft. Das Land und seine Gesellschaften verfügen über eine breite Palette von Instrumenten, die den Mittelstand bei der Ausschöpfung seiner Wachstums- und Innovationspotenziale unterstützen. Darüber hinaus zielt die Wirtschaftspolitik darauf, die Rahmenbedingungen der mittelständischen Wirtschaft zu verbessern und ihre Entwicklungsperspektiven zu optimieren. In einer repräsentativen Umfrage zur unternehmerfreundlichsten von insgesamt 25 Großstädten hat Bremen den zweiten Platz belegt. Das ist eine klare Bestätigung unserer Wirtschaftspolitik und Ansporn für weitere Anstrengungen.

Um die Wirtschaftsförderung auch zukünftig zielgenau zu justieren und Fördermittel effektiv einzusetzen, muss das zur Verfügung stehende Instrumentarium fortlaufend an veränderte Anforderungen und Rahmenbedingungen angepasst werden. Um die Notwendigkeit eines Bremer Mittelstandsförderungsgesetzes bewerten zu können, muss das vorhandene Instrumentarium der Wirtschaftsförderung unter dem Blickwinkel der Förderung von KMU und Existenzgründern einer gründlichen Bestandsaufnahme unterzogen werden. Hierzu ist 2002 eine Mittelstandsenquete für Bremen in Auftrag gegeben worden, die vom Wirtschaftsressort, der Handelskammer Bremen, der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven, den Unternehmerverbänden im Lande Bremen, der Wolfgang-Ritter-Stiftung und dem Förderverein für Mittelstandsforschung getragen und finanziert wird. Der wissenschaftliche Partner ist das BAW Institut für Wirtschaftsforschung GmbH. Eine wesentliche Vorgabe der Auftraggeber bestand darin, neben der Verfeinerung des unternehmensbezogenen Förderinstrumentariums die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für die Mittelstandsförderung zu verbessern. Mittelstandsförderung ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch einer gezielten Ordnungspolitik.

Die bremische Mittelstandsenquete, die mit ihrem flächendeckenden Untersuchungsauftrag so bisher in keinem anderen Bundesland realisiert wurde, setzt gezielt auf Benchmarking. Dies bedeutet, dass Instrumente und Fördertatbestände in anderen Bundesländern und in ausgewählten Großstädten danach beurteilt werden, ob sie einen Beitrag leisten können, die bremische Mittelstandsförderung zu verbessern. Untersucht wurden die Bereiche

- Bürokratieabbau,
- Standortkosten,
- Existenzgründungsförderung,
- Einführung und Wirkung eines Mittelstandsförderungsgesetzes.

Zu diesen Themenbereichen sind auf Basis umfangreicher Untersuchungen schrittweise Empfehlungen und Programmvorschlage erarbeitet und vorgestellt worden. Im Sinne einer effektiven Mittelstandsförderung müssen diese Vorschläge schnellstmöglich umgesetzt werden. Gelingt es, die Vorschläge zielstrebig und zeitnah zu realisieren, wäre dies für Bremen und Bremerhaven im Standortwettbewerb mit anderen Regionen von herausragender strukturpolitischer Bedeutung.

Dementsprechend fragen wir den Senat mit Bezug zu den bisherigen Ergebnissen der Mittelstandsenquête:

1. Welche Maßnahmen hat der Senat zum mittelstandsorientierten Bürokratieabbau getroffen?
 - 1.1. Welche Projekte sind in Arbeit, welche Perspektiven werden verfolgt?
2. In welchem Umfang können Standortkosten durch staatliches Handeln des Landes Bremen gesenkt werden?
3. Welche Instrumente stehen im Land Bremen zur Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) sowie von Existenzgründern zur Verfügung?
 - 3.1. Welche Programmanpassungen sind für die direkte Mittelstandsförderung vorgesehen, und warum?
 - 3.2. Können ineffektive Förderprogramme reduziert und aufgegeben werden?
 - 3.3. Kann – aufbauend auf dem erfolgreichen BEGIN-Programm – ein weiteres Maßnahmenbündel zur Stärkung von Existenzgründern entwickelt werden?
 - 3.4. Können innovative Gründungen noch stärker als bisher gefördert werden?
 - 3.5. Kann der Technologietransfer zwischen den universitären Einrichtungen und den mittelständischen Unternehmen intensiviert werden?
 - 3.6. Können besondere Instrumente zur Stärkung der Eigenkapitalbasis bei Mittelständlern und für deren Nachfolgeprobleme entwickelt werden?
 - 3.7. Kann die Vermarktung der Förderprogramme noch weiter verbessert werden?
 - 3.8. Können Schulen und Hochschulen noch stärker für eine „Philosophie der Selbständigkeit“ mobilisiert werden?
4. Schätzt der Senat wie die Träger der Mittelstandsenquête die Einführung eines Mittelstandsförderungsgesetzes, wie es in den meisten anderen Bundesländern inzwischen existiert bzw. schon mehrfach fortgeschrieben wurde, als mittelstands- und strukturpolitisch sinnvoll ein?
5. Inwieweit sollen bisher bestehende effektive Instrumentarien und Programme mit den ordnungspolitischen Vorschlägen der Mittelstandsenquête in einem konkreten Programm für den Mittelstand, also in einer Mittelstandsoffensive, zusammengefasst werden?

Sybille Winther, Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU

Max Liess, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD